

# Preußische Gesetzsammlung

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 15. April 1933

Nr. 27

Tag	Inhalt:	Seite
7. 4. 33.	Verordnung zur Übertragung des Rechtes zum Ausbau der Ems oberhalb von Schöneflieth . . . . .	109
12. 4. 33.	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. April 1933 . . . . .	109

(Nr. 13869.) Verordnung zur Übertragung des Rechtes zum Ausbau der Ems oberhalb von Schöneflieth. Vom 7. April 1933.

Dem Provinzialverbande Westfalen wird gemäß Abs. 2 des § 155 des Preußischen Wassergesetzes vom 7. April 1913 (Gesetzsamml. S. 53) das Recht zum Ausbau der Ems und ihrer Ufer oberhalb von Schöneflieth bei Greben übertragen.

Berlin, den 7. April 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs.

von B a p e n.

E u g e n b e r g.

(Nr. 13870.) Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. April 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 161). Vom 12. April 1933.

Auf Grund der §§ 1 und 2 des Artikels I und des Artikels II des Gesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. April 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 161) wird folgendes verordnet:

## § 1.

Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden die Wahlen zu den gesetzlichen Betriebsvertretungen im Lande Preußen bis zum 30. September 1933 ausgesetzt.

## § 2.

Außer mir, dem Minister des Innern, als der obersten Landesbehörde sind die Landespolizeibehörden zuständig:

- für die Ernennung neuer Betriebsvertretungsmitglieder in den Fällen des § 1 Abs. 2 Satz 3 und des § 2 Satz 2 des Artikels I des Gesetzes;
- für die Anordnung des Erlöschens der Mitgliedschaft von Betriebsvertretungsmitgliedern nach Maßgabe des § 2 Satz 1 des Artikels I des Gesetzes;
- für die Entscheidung darüber, ob die mit dem Verdachte staatsfeindlicher Einstellung begründete Kündigung nach Maßgabe des Artikels II des Gesetzes gerechtfertigt ist.

## § 3.

Für die Hauptbetriebsräte der den preußischen Ministerien unterstellten Zweige der Staatsverwaltung übt der zuständige Fachminister die Aufgaben der obersten Landesbehörde aus.

Berlin, den 12. April 1933.

Für den Preußischen Minister des Innern.

Der Kommissar des Reichs.

R u f t.

(Vierzehnter Tag nach Ablauf des Ausgabeflags: 29. April 1933.)  
Gesetzsammlung 1933. (Nr. 13 869—13 870.)

27

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft Berlin,

Verlag: R. von Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W. 9, Linkstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preußischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,— RM. vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achteitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Rpf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. H. Preisermäßigung.



# Preussische Gesetzammlung

1933	Ausgegeben zu Berlin den 12. April 1933	St. 27
1933	Verordnung zur Abänderung des Gesetzes über die Verhältnisse der Beamten der Reichsregierung vom 1. April 1933	100
1933	Verordnung zur Abänderung des Gesetzes über die Verhältnisse der Beamten der Reichsregierung vom 1. April 1933	100

(Nr. 1933.) Verordnung zur Abänderung des Gesetzes über die Verhältnisse der Beamten der Reichsregierung vom 1. April 1933.  
 Vom 7. April 1933.  
 Dem Provinzialverbande Preussischer Beamten wird gemäß Art. 2 des § 155 des Preussischen Verfassungsgesetzes vom 7. April 1918 (Gesetzblatt. S. 58) das Recht zum Einreden der Eins und ihrer Miter oberhalb von Schlichtung bei Werten übertragen.  
 Berlin, den 7. April 1933.

(Gez.)  
 Das Preussische Staatsministerium.  
 Die Kommissare des Reichs.  
 Dr. Grunau.

(Nr. 1937.) Verordnung zur Durchföhrung des Gesetzes über die Verhältnisse der Beamten der Reichsregierung vom 1. April 1933 (Gesetzblatt. I S. 161). Vom 12. April 1933.

Zuf Grund der §§ 1 und 2 des Artikels I und des Artikels II des Gesetzes über die Verhältnisse der Beamten der Reichsregierung vom 1. April 1933 (Gesetzblatt. I S. 161) wird folgendes verordnet:

§ 1.  
 Das Einreden der öffentlichen Beamten wird abgeändert und Ordnung werden die Beamten in den folgenden Verhältnissen im Jahre 1933 abgeändert.

§ 2.  
 Außer mit dem Minister des Innern, als der obersten Landesbehörde sind die Landesbehörden befähigt:  
 a) für die Ernennung neuer Verordnungsbeamten in den Fällen des § 1 Abs. 2 des Gesetzes; und des § 2 des Artikels I des Gesetzes;  
 b) für die Abordnung des Beamten der Verordnungsbeamten von Verordnungsbeamten nach Absatz des § 2 des Artikels I des Gesetzes;  
 c) für die Entsendung der Beamten der Verordnungsbeamten nach Absatz des Artikels II des Gesetzes gerechtfertigt ist.

§ 3.  
 Für die Hauptverordnungsbeamten der den preussischen Ministerien unterstellten Ämter der Staatsverwaltung über die zuständige Fachminister die Aufgaben der obersten Landesbehörde aus.

Berlin, den 12. April 1933.

Für den Preussischen Minister des Innern.  
 Der Kommissar des Reichs.

M. H.

27

(Verordnungsblatt für die Provinz des Reichs: Nr. 12 863—12 870.)

Ausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Druck: Preussische Druckerei und Verlagsanstalt. Verlag: W. von Decker's Verlag. ©. Schmidt, Berlin 22. D. (Postfach 100000) Berlin 100000.  
 Den Kaufenden dieser Preussischen Gesetzammlung werden nur die Abänderungen (Verordnungen) 1—1000 (einschließlich) einzeln herausgegeben und gedruckt. (auch diese) können unmittelbar vom Reich und durch den Reichsminister des Innern bestellt werden. Für den nächsten Monat oder den nächsten 20. April, der nächsten Verordnungen 10—1000 (einschließlich) Preussische Gesetzgebung.